

25.06.2019

RESOLUTIONSANTRAG



der Abgeordneten Mold, Königsberger und Kainz

zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2020, Ltg.-700/V-7-2019

betreffend Finanzieller Ausgleich für die Umsatzsteuer bei Pflichtanschaffungen von Einsatzfahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehren

Die Freiwilligen Feuerwehren sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitsfamilie in Niederösterreich. Mittlerweile sorgen bereits 99.000 Feuerwehrfrauen- und männer unentgeltlich und rund um die Uhr dafür, dass Bürgerinnen und Bürgern in Gefahrensituationen rasch und professionell geholfen werden kann.

Die laufende Technisierung, aber auch die schon jetzt spürbaren Folgen des Klimawandels führen zu neuen bzw. veränderten Gefahrenszenarien, die eine wesentliche Steigerung des Einsatzaufkommens sowie höhere Anforderungen an Mannschaft und Ausrüstung mit sich bringen.

Die Finanzierung der notwendigen Ausrüstung stellt daher eine große Herausforderung für Gemeinden und Feuerwehren dar. Zur Anschaffung dieser Geräte leisten gerade die Feuerwehren einen maßgeblichen Anteil durch den Einsatz von Eigenmitteln aus Spenden und den Erlös von Feuerwehrfesten. Um die Feuerwehren zu entlasten ist das Land Niederösterreich bereits 2017 über eine Initiative von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner gemeinsam mit den Gemeinden in Vorleistung getreten, indem die Feuerwehren in der Höhe der geleisteten Umsatzsteuer unterstützt wurden.

Für Niederösterreich beträgt der Anteil der Umsatzsteuer an gesetzlichen Pflichtanschaffungen von Einsatzfahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehren ca.

€ 4 Mio., bundesweit ca. € 20 Mio. Es ist klar, dass hier durch Maßnahmen des Bundes diese gesetzlichen Pflichtanschaffungen unterstützt werden müssen.

Der NÖ Landtag hat die Bundesregierung bereits mehrmals, zuletzt im Juni 2018 aufgefordert, entsprechende Maßnahmen auf Bundesebene im Sinne einer bundesweit einheitlichen Lösung zur Entlastung der Feuerwehren zu setzen. Diese Unterstützung könnte beispielsweise durch zusätzliche Fördermittel aus dem Katastrophenfonds erfolgen.

Es gilt rasch eine einheitliche Lösung für alle Feuerwehren Österreichs zu schaffen und diese bei der Anschaffung gesetzlich vorgeschriebener Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände finanziell zu unterstützen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht im Sinne der Antragsbegründung an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, durch entsprechende Maßnahmen die bei der Anschaffung gesetzlich vorgeschriebener Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände anfallende Umsatzsteuer finanziell auszugleichen.“